



Newsletter

Datum 27.08.2019
Sperrfrist 27.08.2019, 09.00 Uhr

Nr. 4/19

INHALTSÜBERSICHT

1. HAUPTARTIKEL

Massive Unterschiede bei den Elternbeiträgen für Kinder und Jugendliche in Sonderschulheimen

2. MITTEILUNGEN

- *Der Preisüberwacher einigt sich mit der Post AG auf Online-Rabatte*
- *Prämienstruktur bei der Grundstückversicherung: Der Preisüberwacher und die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) einigen sich auf eine Reduktion des Reservezieles – damit wird die erfolgte Preiserhöhung etwas ausgeglichen*
- *Zugang zum Glasfasernetz in der Stadt Zürich - Empfehlung des Preisüberwachers*
- *Internationale behördliche Zusammenarbeit im Bereich der Medikamente stärken*
- *Zahlreiche Unterbreitungen und Überprüfungen von kommunalen Wasser-, Abwasser- und Abfalltarifen*

3. VERANSTALTUNGEN / HINWEISE



1. HAUPTARTIKEL

Massive Unterschiede bei den Elternbeiträgen für Kinder und Jugendliche in Sonderschulheimen

Die Beiträge der Unterhaltspflichtigen (Eltern) für Kinder/Jugendliche in Sonderschulheimen (Behindertenschulheimen) betragen je nach Kanton zwischen 10 und 42 Franken pro Tag. Weil der Grundschulunterricht unentgeltlich ist, sollten Unterhaltspflichtige gemäss Bundesgericht jedoch nur so viel bezahlen müssen, wie sie aufgrund der Abwesenheit der Kinder einsparen. Einsparungen sind nur bei der Verpflegung möglich. Der Preisüberwacher erwartet von den betroffenen Kantonen, die Beiträge auf maximal 16 Franken zu senken.

Einleitung

Seit dem 1. Januar 2008 sind die Kantone allein für die Sonderschulung als Teil des öffentlichen Bildungsauftrags zuständig.¹ Der verfassungsrechtliche Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht gemäss Artikel 19 Bundesverfassung (BV) gilt auch für die Sonderschulung (vgl. Art. 62 Abs. 3 BV).

Ergebnisse der Marktbeobachtung

Die Marktbeobachtung des Preisüberwachers hat ergeben, dass die Bandbreite der Beiträge der Unterhaltspflichtigen (BU) für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in Sonderschulheimen (Behindertenschulheimen) sehr gross ist.

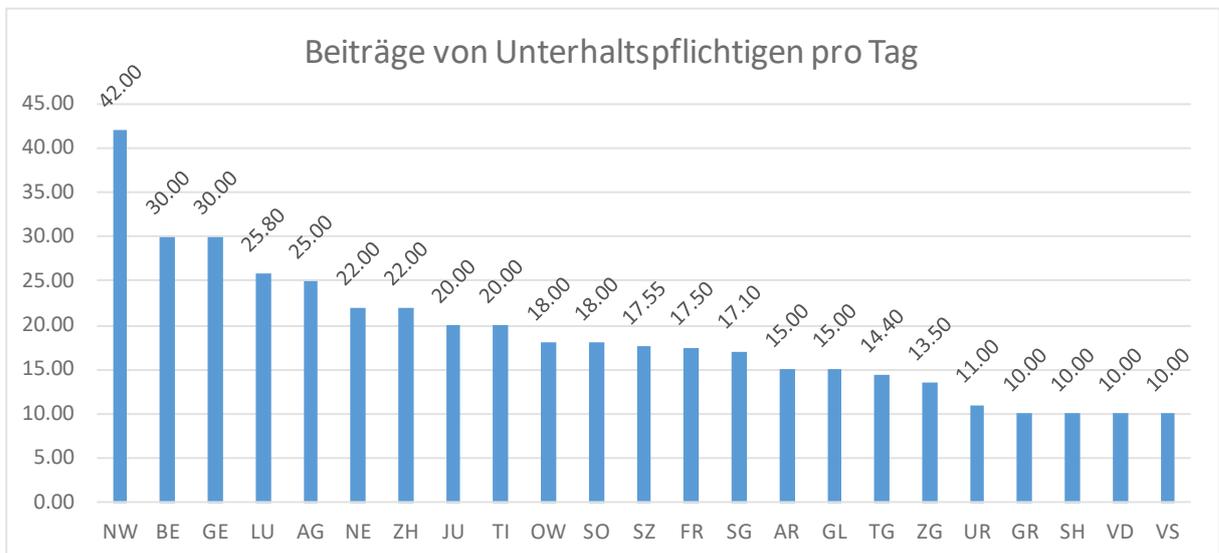


Diagramm 1: Beiträge von Unterhaltspflichtigen 2018 für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren in Sonderschulheimen pro Tag (Dauer- oder Wochenaufenthalt während Schulwochen, 200 Tage/Jahr)

¹ Zuvor leistete der Bund auf der Grundlage der Invalidenversicherung finanzielle Beiträge.



Alle Kantone ausser Appenzell Innerrhoden, Basel-Stadt und Basel-Landschaft erheben *einkommensunabhängige* BU; diese gehen von 10 Franken bis 42 Franken pro Tag. Im Kanton Genf mit dem zweithöchsten Beitrag (30 Franken) sind Ermässigungen bei niedrigen Einkommen (bis zu CHF 95 000 einheitliches massgebliches Einkommen) vorgesehen.

- 3 Kantone fordern hohe BU zwischen 30 und 42 Franken;
- 6 Kantone fordern überdurchschnittliche BU zwischen 20 und 25.80 Franken;
- 8 Kantone fordern durchschnittliche BU zwischen 14.40 und 18 Franken;
- 6 Kantone fordern tiefe BU zwischen 10 und 13.50 Franken.

Im Diagramm 1 sind die drei Kantone Appenzell Innerrhoden, Basel-Stadt und Basel-Landschaft nicht aufgeführt, weil sie *einkommensabhängige* BU erheben. Diese gehen bis 50 Franken (Kanton Basel-Stadt), bis 80 Franken (Kanton Appenzell Innerrhoden) bzw. bis 137.50 Franken (Kanton Basel-Landschaft).

Analyse

Die «Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)»² der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hält in Artikel 22 Absatz 1 fest: «Die Höhe der Beiträge der Unterhaltspflichtigen im Rahmen der IVSE entspricht den mittleren Tagesaufwendungen für Kost und Logis für eine Person in einfachen Verhältnissen.» Der Kommentar³ zu diesem Artikel präzisiert: «Die Höhe des BU entspricht einer mittleren Tagesaufwendung für eine Person in einfachen Verhältnissen und liegt damit zwischen Fr. 25.- und Fr. 30.-.»

Aus zwei Bundesgerichtsurteilen⁴ auf der Grundlage von Artikel 19 Bundesverfassung ergibt sich Folgendes (es ging um einen Mittagstisch bzw. um Lagerwochen, Exkursionen, etc., soweit diese obligatorisch sind): Den Unterhaltspflichtigen dürfen höchstens diejenigen Kosten in Rechnung gestellt werden, die aufgrund der Abwesenheit der Kinder/Jugendlichen zu Hause eingespart werden können. Das gilt für die Verpflegung. Die Betreuung kann nicht in Rechnung gestellt werden, falls die Kinder/Jugendlichen wegen der Schulung nicht nach Hause gehen können. Auch die Unterkunft kann nicht in Rechnung gestellt werden, weil die Unterhaltspflichtigen die Unterkunft für die Kinder/Jugendlichen auch während der auswärtigen Schulung bereithalten müssen (für Wochenenden und Ferien). Die Unentgeltlichkeitsregel für besondere Aufwendungen gilt auch im Falle von Behinderungen.

Zur Festlegung der Verpflegungskosten stützt sich das Bundesgericht auf Merkblätter der eidgenössischen Steuerverwaltung⁵. Ausgehend vom Merkblatt N2/2007 kann für eine volle Verpflegung pro Tag in Rechnung gestellt werden:

² http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Fachbereiche/Behindertenpolitik/IVSE/Regelwerk/01_17.04.01_Vereinbarung_IVSE_dt.pdf. Die Vereinbarungskonferenz hat am 23. November 2018 einer Teilrevision zugestimmt, die den Artikel 22 jedoch nicht anpasst. Das Ratifizierungsverfahren in den Vereinbarungskantonen läuft.

³ http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Fachbereiche/Behindertenpolitik/IVSE/Regelwerk/02_15.10.01_Kommentar_zur_IVSE_dt.pdf

⁴ Entscheid 2C_433/2011 vom 1. Juni 2012 (Erwägung 5.2): http://www.servat.unibe.ch/dfr/bger/120601_2C_433-2011.html
Entscheid 2C_206/2016 vom 7. Dezember 2017 (Erwägungen 3.1.3 und 2): https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/de/php/clir/http/index.php?lang=de&type=highlight_simple_query&page=1&from_date=&to_date=&from_year=2016&to_year=2019&sort=relevance&insertion_date=&from_date_push=&top_subcollection_clir=bge&query_words=2C_206%2F2016&part=all&de_fr=&de_it=&fr_de=&fr_it=&it_de=&it_fr=&orig=&translation=&rank=1&highlight_docid=atf%3A%2F%2F144-I-1%3Ade&number_of_ranks=21&azaclir=clir

⁵ Merkblatt N2/2007 Naturalbezüge von Arbeitnehmenden bzw. Merkblatt NL1/2007 Privatanteile/Naturalbezüge und Naturallöhne: <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/direkte-bundessteuer/direkte-bundessteuer/fachinformationen/merkblaetter.html>



- Kinder bis 6jährig: CHF 5.50;
- Kinder über 6jährig bis 13jährig: CHF 10.50;
- Kinder über 13jährig bis 18jährig: CHF 16.00.

Fazit und Empfehlung des Preisüberwachers

Einzelne Kantone (mit hohen Beiträgen)⁶ machen geltend, es handle sich um einen «Kostgeldbeitrag» pro Internatstag für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung, der «losgelöst von der durch die öffentliche Hand zu gewährleistenden Unentgeltlichkeit des Grundschulunterrichts» sei. Andere Kantone (mit niedrigen Beiträgen)⁷ bestätigen, es handle sich um einen Beitrag an die Verpflegung.

Der Preisüberwacher vertritt den Standpunkt, dass die Erwägungen der Bundesgerichtsurteile analog auch für die Betreuung von Kindern/Jugendlichen gelten, die aufgrund einer Behinderung notwendigerweise in einem Sonderschulheim untergebracht werden müssen, damit sie von der schulischen Grundbildung profitieren können.

Die BU für Kinder und Jugendliche in Sonderschulheimen dürfen nicht an den Kosten ausgerichtet werden, die im Sonderschulheim anfallen. Massgeblich ist vielmehr die Höhe der Kosten, die bei den Unterhaltspflichtigen aufgrund der Abwesenheit der Kinder/Jugendlichen wegfallen. Das betrifft ausschliesslich die Verpflegung. Für Unterkunft und Betreuung dürfen keine BU eingefordert werden, weil diese für die Schulung der Kinder/Jugendlichen notwendig sind.

Vor diesem Hintergrund sind die BU zahlreicher Kantone zu hoch.

Die Erhebung einkommensabhängiger BU ist mit den Entscheiden des Bundesgerichts grundsätzlich nicht vereinbar, weil die Einsparungen aufgrund der Abwesenheit der Kinder nicht einkommensabhängig sind.

Der Preisüberwacher erwartet

- dass die Kantone die BU in Abhängigkeit des Alters der Kinder/Jugendlichen differenzieren und auf maximal 16 Franken pro Tag senken;
- dass die SODK den Artikel 22 der IVSE und den Kommentar dazu entsprechend anpasst.

Er behält sich Empfehlungen an die betroffenen Kantone vor.

[Stefan Meierhans, Lukas Stoffel]

⁶ Genf, Bern, Neuenburg, Basel-Stadt

⁷ Schaffhausen, Graubünden



2. MITTEILUNGEN

Der Preisüberwacher einigt sich mit der Post AG auf Online-Rabatte

Die Automatisierung etwa beim Brief und Paket-Verarbeitungsprozess hat nicht allein positive Auswirkungen auf die Qualität. Solche Fortschritte sind in der Regel auch mit Kosteneinsparungen verbunden. Der Preisüberwacher macht sich stark dafür, dass kosteneffiziente Kanäle genutzt werden. Er verlangt jedoch auch, dass die Kundinnen und Kunden an den entsprechenden Minderkosten mitprofitieren. Gerade bei marktmächtigen Unternehmen ist dies keine Selbstverständlichkeit.

Neuestes Beispiel für die Bemühungen des Preisüberwachers in diesem Bereich sind die nun ausgehandelten Vergünstigungen für Privatkunden bei online-etikettierten Paketen innerhalb der Schweiz. Wenn Kundinnen und Kunden Paketetiketten selber ausfüllen, bezahlen und ausdrucken, dann soll sich dies künftig für sie rechnen. Mit der Post wurde vor diesem Hintergrund vereinbart, dass Privatkundinnen und -kunden im Jahr 2020 Rabatte von 1.50 bis 3.00 Franken je Sendung erhalten. Solche online etikettierte und frankierte Pakete sowie auch über MyPost24 Automaten adressierte und aufgegebenen Pakete kommen damit in den Genuss von Online-Rabatten in Höhe von durchschnittlich 18 Prozent.

Kundinnen und Kunden müssen sich dazu auf der Website der Post einloggen, Etiketten erstellen, bezahlen und auf gewöhnlichem Papier ausdrucken, diese ausschneiden und aufkleben. Diese Pakete mit Online-Etikette können in jeder Poststelle regulär am Schalter oder in den Agenturen aufgegeben werden. Für die Erstellung der Etikette und Aufgabe oder nur für die Aufgabe des bereits online-frankierten Pakets kann alternativ auch ein myPost24 Automat genutzt werden.

Zusätzlich werden weitere kleinere Massnahmen umgesetzt. Alle Massnahmen sind in der einvernehmlichen Regelung erläutert und im Detail aufgeführt (abrufbar unter www.preisueberwacher.admin.ch -> Dokumentation -> Publikationen -> Einvernehmliche Regelungen).

[Stefan Meierhans, Zoe Rüfenacht, Stephanie Fankhauser]

Prämienstruktur bei der Grundstückversicherung: Der Preisüberwacher und die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) einigen sich auf eine Reduktion des Reservezieles – damit wird die erfolgte Preiserhöhung etwas ausgeglichen

Die BGV hatte per 1. Januar 2018 eine neue Prämienstruktur bei der Grundstückversicherung eingeführt. Diese Tarifrevision hatte insbesondere für Eigentümerschaften mit mehreren Parzellen eine massive Prämienerrhöhung zur Folge, weshalb der Preisüberwacher zahlreiche Meldungen zu diesem Thema erhielt.

Die BGV erklärte, dass das Versicherungskerngeschäft der Grundstückversicherung seit vielen Jahren Verluste schreibe. Zudem verfüge die Grundstückversicherung nicht über das notwendige risikotragende Kapital zur Absicherung der Risiken. Die BGV hat ihre Prämienstruktur geändert, um die Grundstückversicherungskosten richtig zu decken.

In der Folge untersuchte der Preisüberwacher die neuen Tarife auf Preismissbrauch hin und konnte mit den Verantwortlichen der BGV folgende einvernehmliche Lösung finden:

Das Reserveziel für die Schadendeckungsreserven der Grundstückversicherung wird auf CHF 32,8 Mio. reduziert. Dieses Reserveziel bleibt unverändert während der Dauer der einvernehmlichen Regelung. Bis zum Reserveziel von 30 Mio. Franken fliessen alle Prämieinnahmen, welche die Deckung der Schadenkosten sowie der Verwaltungskosten inkl. übriger Betriebsaufwand (max. 1 Mio.) übersteigen, in die Äufnung der Reserven. Sobald das Reservezwischenziel von 30 Mio. Franken erreicht ist, wird lediglich ein Betrag von max. Fr. 300'000.- pro Jahr für die Äufnung der Reserven verwendet.



Der Überschuss (welcher nach Deckung der Schaden- und Verwaltungskosten inkl. übriger Betriebsaufwand und der Reservenöffnung in der Höhe von Fr. 300'000.- verbleibt) wird den Eigentümerschaften zurückerstattet. Sobald das Reserveziel von 32,8 Mio. Franken erreicht ist, wird der ganze Überschuss (welcher nach Deckung der Schaden- und Verwaltungskosten inkl. übriger Betriebsaufwand verbleibt) den Eigentümerschaften zurückerstattet.

Die Überschussbeteiligung in Form einer Prämienrückvergütung erfolgt nicht mit einem prozentualen Anteil an der Prämien*summe*, sondern mit einem Anteil der letzten Prämien*erhöhung*. So werden jene von den Rückerstattungen profitieren, die auch am meisten betroffen waren von der Erhöhung.

Dank dieser einvernehmlichen Regelung können die Prämienzahler viel früher von allfälligen Überschussbeteiligungen profitieren als ursprünglich vorgesehen. Die aktuellen Prämien werden jedoch nicht verändert; mit der Anpassung des Reserveziels wird jedoch über Zeit die erfolgte Preiserhöhung etwas ausgeglichen.

Die einvernehmliche Regelung ist befristet bis zum 31. Dezember 2024 und kann auf der Website des Preisüberwachers abgerufen werden: www.preisueberwacher.admin.ch > Dokumentation > Publikationen > Einvernehmliche Regelungen.

[Stefan Meierhans, Andrea Zanzi]

Zugang zum Glasfasernetz in der Stadt Zürich - Empfehlung des Preisüberwachers

Der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich hat mit Verfügung vom 24. Juni 2019 die geänderten Preislisten für die Vorleistungsprodukte ewz.FCS (ewz Fibre Connectivity Service) und ewz.FLL (ewz Fibre Local Loop) auf dem ewz.zuerinet genehmigt. Diese Produkte gewähren Service Providern den Zugang zum Glasfasernetz in Zürich. Das Produkt ewz.FLL basiert auf der Netzebene 1 (Layer 1) und beinhaltet die passive (unbeleuchtete) Glasfaseranbindung, wobei die Service Provider, die als Wiederverkäufer den Glasfaseranschluss den Endkunden anbieten, selber ihr aktives (elektronisches) Equipment installieren. Das Angebot ewz.FCS ermöglicht demgegenüber den Netzzugang auf Netzebene 2 (Layer 2) und beinhaltet eine aktive (beleuchtete) Glasfaseranbindung. Beim Angebot ewz.FCS stellt die ewz auch das aktive Equipment zur Verfügung, das für die Datenübertragung nötig ist.

Im Sinne von Art. 14 Preisüberwachungsgesetz (PüG) hat der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich am 25. März 2019 dem Preisüberwacher die Anpassung der Preislisten zur Stellungnahme unterbreitet. Die Analyse des Preisüberwachers zeigte, dass die Preisdifferenz zwischen ewz.FLL und ewz.FCS in den vergangenen Jahren schrittweise reduziert wurde, was zu einer Verschlechterung der Marktchancen der Service Provider führte, die den Netzzugang auf Layer 1 beziehen. Der Preisüberwacher kam zum Schluss, dass der Preis des Produkts ewz.FLL im Verhältnis zum Preis der ewz.FCS-Produkte und zu den Endkundenpreisen zu hoch und die geplante Preissenkung ungenügend war. Um die Attraktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Produkts ewz.FLL zu erhalten bzw. wiederherzustellen, hat der Preisüberwacher am 14. Mai 2019 eine deutliche weitere Senkung der monatlichen Preise auf CHF 20 (exkl. MWST) für dieses Produkt empfohlen.

Der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich ist dieser Empfehlung leider nicht gefolgt. Die Empfehlung des Preisüberwachers ist auf seiner Website abrufbar (siehe www.preisueberwacher.admin.ch > Dokumentation > Publikationen Empfehlungen > FTTH-Vorleistungspreise | Empfehlung des Preisüberwachers).

[Julie Michel, Simon Pfister]



Internationale behördliche Zusammenarbeit im Bereich der Medikamente stärken

«370 000 Franken für neue Krebsbehandlung»⁸, «Ist ein Babyleben eine Million wert?»⁹, «2 Millionen Dollar teure Gentherapie verursacht neue Debatte»¹⁰: Diese und ähnliche Schlagzeilen der letzten Monate weisen auf ein aktuelles Problem hin: Die Preisforderungen der Hersteller für neue Medikamente werden immer höher. Und die Frage stellt sich: Wie soll das unser Gesundheitssystem bezahlen können? Der Preisüberwacher sieht die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern als erfolgsversprechende Handlungsoption.

Neue, hochwirksame Medikamente können die Lebensqualität der Patienten stark verbessern und teilweise sogar Krankheiten heilen. Dies ist sehr erfreulich. Leider haben die Hersteller dieser Medikamente jedoch teilweise exorbitant hohe Preisvorstellungen, was das Schweizer Gesundheitswesen an seine finanziellen Grenzen bringen wird. Neue Therapien kosten schnell mehrere 10'000 oder sogar 100'000 Franken pro Person und Jahr. Wenn mit einer einzelnen Therapie sogar eine Heilung möglich wird, kennen die Preisvorstellungen definitiv keine Grenzen mehr, wie oben zitierte Schlagzeilen andeuten.

Im Prinzip ist es das Bundesamt für Gesundheit (BAG), welches die Preise neuer Medikamente, welche von der Grundversicherung vergütet werden, festlegt und regelmässig (d.h. alle drei Jahre) überprüft. Dabei kommen ein therapeutischer Quervergleich (TQV, ein Vergleich mit ähnlichen Medikamenten in der Schweiz) und ein Auslandpreisvergleich (APV, Vergleich mit neun europäischen Ländern) zur Anwendung. Gerade bei den neuen, teuren Medikamenten kommt aber der Auslandpreisvergleich an seine Grenzen. Die ausgewiesenen Preise im Ausland entsprechen oftmals nicht den effektiv bezahlten, da die Hersteller geheime Rabatte gewähren. Es ist also unklar, wie viel im Ausland effektiv bezahlt wird. Einige der neuen, sehr teuren Medikamente werden auch über die Invalidenversicherung vergütet, doch auch sie hat Mühe, vernünftige Preise auszuhandeln.

Die Verhandlungsmacht ist klar zugunsten der Pharmaindustrie verschoben. Sie können damit drohen, ein Medikament nicht auf den Schweizer Markt zu bringen, wenn ihren Preisforderungen nicht entsprochen wird. Da der Schweizer Markt relativ klein ist im Vergleich zum globalen Markt, können es sich die Hersteller oftmals problemlos leisten, ihre Drohung (zumindest temporär) auch wahr zu machen. Oftmals wird dann über verschiedene Kanäle Druck auf die zuständige Behörde ausgeübt, denn die betroffenen Patienten möchten verständlicherweise möglichst schnell eine Vergütung eines hoffnungsvollen neuen Medikaments.

Im stationären Spitalbereich hat die Preisüberwachung den Spitälern bei der Beschaffung jeweils empfohlen, dass sie sich zu Einkaufsgemeinschaften zusammenschliessen, um dem Marktungleichgewicht entgegenzutreten und so vorteilhaftere Konditionen mit den Herstellern aushandeln zu können. Analoges scheint auch bei den Medikamenten nötig zu sein. Denn exorbitant hohe Preisvorstellungen der Pharmaindustrie sind eine Problematik, welche nicht nur die Schweiz beschäftigt. Einige europäische Länder haben sich u.a. deshalb zu Kooperationen zusammengeschlossen. Eine davon ist die BeNeLuxA-Kooperation. Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Österreich und seit 2018 auch Irland wollen in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten um für ihre Bevölkerung einen bezahlbaren Zugang zu den Medikamenten gewährleisten zu können. Dazu gehört u.a. Informationsaustausch, das Horizon-Scanning (Früherkennung neuer Medikamente), Health Technology Assessments (HTA, Bewertung der Medikamente) aber auch gemeinsame Verhandlungen. Die fünf involvierten Länder gehören (wie die Schweiz) zu den eher kleineren Ländern Europas. Sie haben erkannt, dass sie im Bereich der Medikamente zusammen bessere Resultate erzielen können als wenn jeder nur für sich selber schaut. Andere europäische Länder haben ähnliche Kooperationen angekündigt oder imple-

⁸ Tagesanzeiger, 23. Oktober 2018, bezugnehmend auf die neue Gentherapie Kymriah von Novartis

⁹ NZZ am Sonntag, 12. Mai 2019

¹⁰ Tagesanzeiger, 28. Mai 2019



mentiert. Mit der Valletta Deklaration haben sich beispielsweise seit Mai 2017 zehn (meist südeuropäische) Länder zusammengeschlossen.

Auch die Schweiz soll sich nach Ansicht der Preisüberwachung um eine Kooperation mit anderen europäischen Länder bemühen, um der Verhandlungsmacht der Hersteller entschiedener entgegenzutreten zu können. Dabei erscheint insbesondere die BeNeLuxA-Kooperation für die Schweiz als sinnvolle Option. Es steht nicht mehr und nicht weniger als die mittelfristige Finanzierbarkeit der sozialen Krankenversicherung auf dem Spiel.

[Mirjam Trüb]

Zahleiche Unterbreitungen und Überprüfungen von kommunalen Wasser-, Abwasser- und Abfalltarifen

In der ersten Jahreshälfte wurden dem Preisüberwacher bereits wieder über 100 Gebührenanpassungen von Gemeinden unterbreitet. Besonders viele Meldungen zu den Abfalltarifen kamen aus dem Tessin.

Nach dem Inkrafttreten der neuen kantonalen Bestimmungen über die Finanzierung der Abfallwirtschaft im Kanton Tessin¹¹, hatte der Staatsrat die Gemeinden angewiesen, die Abfallreglemente bis spätestens am 30. Juni 2019 den neuen Bestimmungen über die Abfallentsorgung anzupassen. Nachdem der Preisüberwacher festgestellt hatte, dass einige Gemeinden ihre Abfallgebühren geändert haben, ohne dass sie ihn dazu vorgängig angehört hatten, wie dies Art. 14 des Preisüberwachungsgesetzes PÜG verlangt, hat der Preisüberwacher die kantonalen Behörden Anfang des Jahres über deren rechtlichen Pflichten informiert. Im Februar erfolgte dann ein Rundschreiben von der kantonalen Behörde (Servizio degli enti locali) an die Gemeindebehörden des Kantons Tessin, in welchem die letzteren aufgefordert wurden, das Bundesgesetz einzuhalten und Reglementsentwürfe zu Abfall-, Wasser- sowie Abwassergebühren dem Preisüberwacher rechtzeitig zu unterbreiten, damit dessen Stellungnahme vorliegt bevor die zuständige Behörde die neuen Gebühren genehmigt. In den letzten Monaten haben mehrere Dutzend Gemeinden den Preisüberwacher bei Änderungen im Bereich der Abfall-, Wasser- sowie Abwassergebühren konsultiert.

Viele abgegebene Empfehlungen zu Wasser- und Abwassertarifen in der Deutschschweiz betrafen die Gebührenstruktur. Wie die Fachverbände empfiehlt auch der Preisüberwacher entsprechend dem Anteil der Fixkosten mindestens die Hälfte der Gebühreneinnahmen über verbrauchsunabhängige Grundgebühren zu generieren. Dies bedingt allerdings, dass die Grundgebühren nebst einer Gebühr pro Liegenschaft mindestens die Anzahl und gegebenenfalls auch die Grösse der Wohnungen pro Liegenschaft berücksichtigen. In knapp einem Viertel der Fälle wurde die Erhöhung als zu hoch eingestuft oder der Preisüberwacher empfahl, die Erhöhung zu etappieren. Von den grösseren Gemeinden haben namentlich die Gemeinden Wettingen im Bereich Abwasser sowie Wetzikon im Bereich Wasser die Empfehlungen des Preisüberwachers weitgehend befolgt und deutlich weniger erhöht als ursprünglich vorgesehen respektive ganz auf eine Erhöhung verzichtet.

[Agnes Meyer Frund, Andrea Zanzi]

¹¹ Änderung des Art. 10 des kantonalen Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz LALPAmb, welcher am 01.07.2017 in Kraft getreten ist.



3. VERANSTALTUNGEN / HINWEISE

-

Kontakt/Rückfragen:

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 058 462 21 02

Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 058 462 21 03

Rudolf Lanz, Leiter Recht und Kommunikation, Tel. 058 462 21 05